

Neuer Jungwald entsteht

Projekt | Nach der Rodung der kranken Bäume kann mit der Auspflanzung begonnen werden.

FRANZENSORF | Rund 4.000 Quadratmeter misst die Waldparzelle, die sich die Franzensdorfer nun nach Entwürfen der grünen Gemeinderätin Margit Huber völlig neu gestalten. An zwei Wochenenden legten rund 50 Bürger Hand an und rodeten die kranken Eschen und Robinien. Aus dem Holz bastelten sie eine ökologisch wertvolle Hecke. Nun kann an die Auspflanzung eines vielfältigen Jungwaldes geschritten werden: „Ich habe auch schon über 20 Baumpaten gefunden“, freut sich Ortsvorsteher Robert Nepp. Zur Pflanzung will man die Kinder des Ortes bitten, sie sollen ihren Wald aufwachsen sehen.



Rund 50 Bürger haben mitangepackt und bei der Rodung der kranken Eschen und Robinien geholfen.

Foto: Kremsmayer

„Fahrpläne

Ärger | Zeiten- und Routenänderungen des

Von Ulla Kremsmayer

GROSS-ENZERSDORF | „Intervenieren Sie!“, appelliert Volksschuldirektorin Gabriele Mindt an die Eltern ihrer Schüler und nennt den Ansprechpartner des VOR (Verkehrsverbund Ost-Region). „Die Fahrpläne sind eine Katastrophe für uns alle“, erklärt sie genervt.

Schon Anfang des Monats wurden Gemeinde und Schulen von den Fahrplanänderungen informiert, allerdings ohne konkrete Fahrpläne. Man musste sich erst mühsam „von A nach B“ hanteln, um auf die neuen Fahrzeiten und Routen zu kommen. Alzbeta Pudmarcikova vom Elternvereinsstand hat sich nun die Mühe gemacht und die

„Unzeiten“ akribisch erfasst. Fazit: Die meisten Kinder müssten deutlich längere Warte- und Fahrtzeiten in Kauf nehmen, manche Kinder werden den Bus wohl überhaupt nicht mehr nutzen können.

Künftig nur noch eine Busverbindung

Die Schüler der Volksschule Oberhausen kommen aus Franzensdorf, Mühlleiten, Probstdorf, Rutzendorf, Schönau an der Donau, Wittau und Neu-Oberhausen. Bis jetzt gibt es vier Busse mit unterschiedlichen Routen, die sich die Oberhausener Volksschüler mit jenen des Groß-Enzersdorfer Gymnasiums und der Mittelschule teilen. Ge-

Erneut Protest gegen S1

Kundgebung | Umweltorganisationen demonstrierten vor dem Bundesverwaltungsgericht, wo mit Beginn dieser Woche die Verhandlungen zu Naturschutz und Wasserrecht starteten.

Von Ulla Kremsmayer

GROSS-ENZERSDORF | Diese Woche begannen die Verhandlungen zu Naturschutz und Wasserrecht beim Bundesverwaltungsgericht für den ersten Abschnitt der S1, vulgo Lobau-Schnellstraße. Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen kündigten vor dem Gerichtsgebäude an, auch diesmal „dieses Wahnsinnsprojekt juristisch zu bekämpfen“. Die Bürgerinitiative „Rettet die Lobau“ rund um Jutta Matysek forderte: „Nein zur Transithölle! Ja zu klimafreundlicher Mobilität!“

Die Bewilligung der S1 inklusive Lobau-Tunnel wäre „ein Schuss ins Knie“, meint auch TU-Verkehrsplaner Hermann Knoflacher, der sich in der Vorwoche beim Forum Wissenschaft & Umwelt“ (FWU) zu Wort gemeldet hatte: Das Groß-



Die Kundgebung der Umweltschützer gegen die Lobau-Autobahn vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Foto: J. Matysek

projekt schade Natur und Wirtschaft, führe zu mehr statt zu weniger Verkehr und konterkarriere das Klimaziel, Österreich bis 2040 CO₂-neutral zu machen. Diese Nordost-Umfahrung widerspreche auch der Verfassung, die beim Einsatz öffent-

licher Mittel Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit vorschreibe. „Nichts davon trifft auf das geplante Bauprojekt zu“, so Knoflacher.

Die Stadt Wien steht dem Projekt weiterhin positiv gegenüber. Bürgermeister Michael

Ludwig (SPÖ) bezeichnete die Nordost-Umfahrung als „wichtig für die Stadt“. Der neue Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr (NEOS) meinte hingegen, dass die NEOS einen Tunnel für „ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll“ halten.

Ob Projekt umgesetzt wird, bleibt noch offen

Groß-Enzersdorfs Grünen-Klimaschutzstadtrat Andreas Vanek glaubt, dass für die diversen Verfahren noch einige Zeit verstreichen werde. Gerichte und Behörden sind jedenfalls seit Jahren mit dem Projekt beschäftigt. Wann, ob und in welcher Form es umgesetzt wird, bleibt damit offen. Die Asfinag rechnet mit den Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts im ersten Halbjahr 2021 und hofft auf einen Baubeginn noch heuer.